



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preizzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Lebensmittelteuerung. (II.) — Tarifabschluß in Saalfeld a. S. — Was haben die Frauen von der Zentralisation der Krankenkassen zu erwarten? — Die deutschen und die dänischen Fleischtopfe. — Feuilleton: Reifeplaudereien. (II.) — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Brieg, Halle a. S.). — Versammlungskalender.

Beilage: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1911. (III.) — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 8. bis 14. September 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 37 bezeichnende Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Lebensmittelteuerung.

II.

Die Aufgaben des Staates und der Gemeinden gegenüber der Fleischnot.

Der gesteigerte Fleischverbrauch ist eine Folge davon, daß die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung sich wesentlich gehoben hat — so verkündet triumphierend die offiziöse Darstellung. Angenommen, es verhielte sich wirklich so — was ist damit gegen die steigende Lebensmittelteuerung, gegen die Fleischnot und gegen die daraus resultierende allgemeine Verteuerung des Lebens gesagt und getan? Soll etwa die große Masse der Bevölkerung daraus den Schluß ziehen, daß sie nunmehr mit ihren Klagen über die allgemeine Teuerung zurückhalten und sich mit der Teuerung abfinden müsse, da ja der Fleischverbrauch etwas gestiegen ist und die Lebenshaltung sich gehoben hat? Diese Zumutung wäre ungeheuerlich, sie ist aber unserer Regierung zuzutrauen, die auf diese Weise den Interessen der Agrarier einen Dienst erwiesen hätte. Das arbeitende Volk soll über seine Lage hinwegtäuscht und davon abgehalten werden, auf den Kern der Lebensmittelteuerung einzugehen. Denn es kommt ja gar nicht darauf an, daß der Fleischverbrauch und die Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung sich etwas gehoben hat — darauf kommt es an, daß der breiten Masse durch weitere ungeheuerliche Verteuerung des Lebens die Vorteile einer in etwas gehobenen Lebenshaltung streitig gemacht und verflümmert werden! Und das darf und will sich das arbeitende Volk nicht gefallen lassen.

Die Verkümmern der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes wirkt umso unsozialer und aufreizender, wenn die offiziöse Behauptung, daß der Fleischverbrauch im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme gestiegen sei, auf ihren wahren Wert, den sie für das arbeitende Volk hat, zurückgeführt wird. Sogar das Blatt des Reichsfunklers, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das noch vor ganz kurzer Zeit mit gemüthlicher Gelassenheit von der Verbesserung des Lebensstandes der Arbeiter gesprochen hatte, muß jetzt, Ende August d. J., folgende Tatsachen zugeben: „Der Verbrauch von Pferdefleisch in Berlin hat seit Jahr und Tag infolge der Fleisch-

teuerung (!) ständig zugenommen. Die Berliner Rostschlächter müssen sich der Zentralkostschlächtereien bedienen. Hier wurden nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 5924 Pferde geschlachtet und für den Verkauf freigegeben. Davon entfielen auf den Monat Januar 1120, Februar 955, März 1113, April 984, Mai 951, Juni 801. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Schlachtungen 4461 Stück. In diesem Jahre wurden also 1463 Pferde mehr geschlachtet. Der Monat Juli hat wiederum eine Steigerung erfahren und der laufende Monat dürfte infolge der eminenten Fleischpreiserhöhung (!!) einen Konsumterford von 1000 Stück Pferden bringen. Im Laufe der letzten Monate sind in den vorherrschend von Arbeitern bewohnten Stadtteilen 20 bis 30 neue Rostschlächtereien, d. h. Läden, in denen Rostfleisch und Rostfleischwaren verkauft werden, eröffnet worden.“ (!!!)

So also sieht die seitens der Offiziösen mit großer Genugtuung verkündete Steigerung des Fleischverbrauchs in Wirklichkeit aus! Vielleicht erlärht die Regierung auch noch ein Verbot des Automobilbroschlenverkehrs, damit noch mehr abgelleppte Droschklengäule der Schlachtung und dem Verbrauch zugeführt werden können. Wadann ließe sich wieder so schön vom gesteigerten Fleischverbrauch reden und schreiben — und den Agrariern wäre geholfen! Die Regierung brauchte den Agrariern nicht die „Unbill“ zuzufügen, die Getreide- und Futtermittelgölle sowie die der Einfuhr von Lebensmittel entgegenstehenden Bestimmungen „abzubauen“, sie vielleicht gar ganz aufzuheben! Und doch wird die Regierung, gedrängt durch die zwingende Notwendigkeit und den Unwillen des Volkes, zu diesen Mitteln greifen müssen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Zwar bemüht sich die führende konservativ und agrarische Presse eifrig um den Nachweis, daß nicht unsere Wirtschaftspolitik, sondern der Zwischenhandel die Schuld an der Lebensmittelteuerung trage. Der Zweck dieser Uebung ist nur zu klar: Volksvertretung und Reichsregierung sollen von dem zur Behebung der Lebensmittelteuerung und Fleischnot gebotenen Wege, die Grenzen zu öffnen und die agrarische Liebesgabenpolitik abzuschießen, zurückgehalten und zu einem Einschießen gegen den Zwischenhandel gedrängt werden. So schreibt das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wir möchten aber die Frage aufwerfen, woher es denn komme, daß man in Berlin und den Vororten für ein Pfund Fleisch durchschnittlich 30 Pf. mehr zahlen muß als in einem Dorfe, das nur wenige Kilometer von einer Großstadt entfernt liegt. Wir möchten weiter darauf hinweisen, daß auch jetzt noch aus der Provinz Fleisch zu einem Preise bezogen werden kann, der zwar nicht niedrig, aber erträglich (!) ist. Aber wir brauchen diese Dinge nicht zu wiederholen, da selbst in sozialdemokratischen Zeitungen neuerdings auf die unbegründete starke Spannung

zwischen den Viehpreisen und den Fleischpreisen hingewiesen worden ist. Gehen die Dinge so weiter, dann werden schließlich die Gemeinden und die Staatsbehörden darauf bedacht sein müssen, durch zweckmäßige Maßnahmen gewisse unnütze Zwischenstellen zwischen dem Viehmäster und dem Schlächter zu beseitigen. Das blöde Gerede, daß der Landwirt die Schuld an den hohen Viehpreisen trage, sollte nun doch endlich verstummen. Glaubt denn im Ernst jemand, daß der Landwirt die Viehpreise mache und bestimme?“

Es ist allerdings ein blödes Gerede, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ davon spricht, daß dem Landwirt die Schuld an den hohen Viehpreisen zugeschrieben worden sei. Ja noch mehr, es ist böswillige Verdrehungstunsl. Niemand hat behauptet, daß der Landwirt die Schuld an der Lebensmittelteuerung und der Fleischnot trägt, wohl aber ist mit Recht behauptet worden, daß die Schuld der agrarischen Wirtschaftspolitik zur Last fällt. Unter dieser widerwärtigen Wirtschaftspolitik leidet ja selbst der kleine Landwirt am meisten und nur der Großgrundbesitz trägt den mühelosen Gewinn davon — sehr zum Schaden der Gesamtheit. Nicht nur die Arbeiterpresse, sondern auch praktische Landwirte weisen immer wieder auf diesen Uebelstand hin. Der kleine Landwirt muß sein Vieh veräußern, um wieder über Mittel zum Lebensunterhalt verfügen zu können. Er kann auch nicht nach Belieben Kapital für Futtermittel anlegen. Der Großgrundbesitzer aber ist in der Lage, mit dem Verkauf seines Viehstandes zurückzuhalten, bis die Vieh- und Fleischpreise so hoch stehen, daß sie einen hohen Gewinn versprechen. Da ist es Aufgabe der Regierung, dem viehhaltenden kleinen Landwirt durch Aufhebung der Getreide- und Futtermittelgölle beizuspringen und somit die verteuernde Wirkung, die sie auf die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes ausüben, zu beseitigen. Es ist weiter die Aufgabe der Regierung, mit der Liebesgabenpolitik vollständig zu brechen. Das System der Einfuhrzölle bedeutet geradezu eine Ueberverteilung des Volkes zugunsten des am Höheren interessierten Großgrundbesitzes, denn es gewährt den Getreideexporteuren auch auf das einheimische Getreide, das also nicht wie das eingeführte Getreide mit Zoll belastet ist, Rückvergütung in der Höhe des Zollsabes! Diese Liebesgabenpolitik muß die Gesamtheit bezahlen — den Großgrundbesitzern aber fließen Millionengewinne mühelos zu! Kein Wunder, wenn sich diese agrarische Politik dem deutschen Volke als Lebensmittelteuerung bemerkbar macht und eine Verschärfung der Fleischnot mit sich bringt.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ darauf verweist, daß sich im Zwischenhandel eine starke Tendenz der Ueberverteilung und Verteuerung bemerkbar mache, so ist das zwar richtig und es gehört auch zu den Aufgaben des Staates und der Gemeinden, Abhilfe zu schaffen. Nur nimmt sich diese Forderung im Munde der Leute, die die staatlichen Machtmittel zur Sicherung ihrer

Beutepolitik bemühen, recht — verdächtig aus!
Es ist das die Taktik des erappten Diebes, der den Verdacht von sich abzulernen sucht, indem er ihn auf andere lenkt. Aus alledem erwachsen dem Staate und den Gemeinden bedeutungsvolle Aufgaben, deren Erfüllung immer wieder gefordert werden muß.

Tarifabschluss in Saalfeld a. S.

Zwischen der Wiedemannschen Hofbuchdruckerei, Licht- und Steindruckerei in Saalfeld und dem Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen ist am 22. August 1912 nachfolgender Minimallohntarif abgeschlossen worden:

Der Lohn für Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren steigt halbjährlich um 50 Pf. bis zu 7,50 Mk.

Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre, die noch nicht in Druckereien tätig waren, 7,50 Mk.

Geübte Hilfsarbeiterinnen, die schon mindestens ein Jahr in der Branche tätig waren, 8,— Mk., steigend durch halbjährliche Zulagen von 50 Pf. auf 9,— Mk.

Lernende Anlegerinnen 8,— Mk., steigend um 50 Pf. vierteljährlich bis auf 10,— Mk.

Anlegerinnen, die außer der einjährigen Lehrzeit 2 Jahre als solche tätig gewesen sind, erhalten 10,75 Mk., nach 4 Jahren 11,50 Mk., nach 5 Jahren 12,— Mk.

Ausnehmerinnen erhalten 1,— Mk. weniger als Anlegerinnen.

Ueberstunden werden nach § 4 der „Allgemeinen Bestimmungen“ über Entlohnung des Buchdruckpersonals bezahlt.

Bronzier- und Ruberarbeiten werden mit 5 Pf. für die Stunde extra vergütet.

Golbaulegerinnen erhalten den Minimallohn der Anlegerinnen.

Buchbinderarbeiterinnen, die wenigstens ein Jahr als solche beschäftigt waren, sind den Anlegerinnen gleichzustellen.

Für Arbeiterinnen, die über diesen Tarif entlohnt werden, bleibt der bisherige Lohn bestehen.

Löhne, die jetzt hinter dem Tarif zurückstehen, werden bis zu Ende dieses Jahres auf den tarifmäßigen Betrag erhöht, wenn die Differenz mehr als 1 Mk. beträgt.
Der Tarif gilt bis Ende 1915.

Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet eine dreigliedrige Tarifkommission gemeinschaftlich mit der Firma, eventuell unter Hinzuziehung des Gauleiters, sonst das Tarifamt.

Der Saalfelder Tarif vom 22. August 1912 ist das Endergebnis einer halbjährlichen ununter-

brochenen Verhandlung zwischen der Firma und dem Gauborstand.

Bekanntlich haben die Buchdruckereibesitzer Deutschlands mit Inkrafttreten des revidierten Buchdruckerartikels am 1. Januar 1912 eine zehnprozentige Druckpreiserhöhung dem konsumierenden Publikum aufgebürdet und diese mit der Lohnerhöhung des Personals ab 1. Januar 1912 begründet.

Durch Aufstellung einer Lohnstatistik für die Buchdruckereien im Gau haben wir aber festgestellt, daß in einigen Zahlstellen so gut als keine Lohnaufbesserung an die Hilfsarbeitererschaft erfolgte, darunter Erfurt, Wittenberg und Saalfeld.

Wir erachteten es als unsere gewerkschaftliche Pflicht, überall dort, wo die Kollegenschaft entsprechend organisiert ist, die Arbeitgeber auf diesen Widerstand vor profitbringende Unterlassung deutlich hinzuweisen. Aus diesem Anlaß beauftragten uns die Kolleginnen der Wiedemannschen Hofbuchdruckerei in Saalfeld bereits im Februar d. J. mit der Vertretung einer 12,2-prozentigen Lohnerhöhung und die Stein- und Lichtdruck-Kolleginnen betreffender Firma schlossen sich dieser Forderung an, denn gerade die letzteren hatten bei der 1911er Aussperrung schwere Opfer durch Entlassungen zu tragen.

Die am 20. Februar (von 45 Kolleginnen genannter Firma unterzeichnete) eingereichte Forderung gelangte erst am 16. April zu einem vorläufigen Vergleich durch Bewilligung einer sechs- bis achtprozentigen Lohnerhöhung und zwar drei Tage vor Ablauf der am 4. April eingereichten Kündigung, welche mit der Bedingung zurückgezogen wurde, daß sich die Firma bereit erklärte, in Verhandlungen über Minimallöhne mit dem Gauborstand einzutreten.

Am 27. April reichten wir unsere Tarifvorlage ein und am 22. August (nach vier Monaten) kam es zu einer Einigung auf obiger Grundlage, nachdem zwischen Gauborstand und Firma nicht weniger als fünf Tarifvorlagen gegenseitig ausgetauscht waren und drei mündliche Verhandlungen voraus gingen.

Hiermit wollen wir unsern Lesern einen Einblick in die Schwierigkeiten gewähren, welche zu überwinden waren, um, ohne einen verschärften Lohnkampf, einen Ausgleich zu finden, mit dem sich unsere Auftraggeber zeitgemäß einverstanden erklären konnten.

Um den Wert des Saalfelder „Staffel-Mindestlohnes“ zu beurteilen, verweisen wir mit einigen Beispielen an die dortige Entlohnung seit unserer Agitation von 1910 an. Der Durchschnittslohn für 13 Buchdruckerinnen betrug 1910 8,69 Mk. und bewegte sich zwischen 6,50 bis 9,65 Mk. 35 Licht- und Steindruck-Kolleginnen

hatten einen Durchschnittslohn von 8,73½ Mk., welcher sich zwischen 6,— bis 10,20 Mk. bewegte.

Obwohl wir in den letzten drei Jahren drei beschiedene Lohnbewegungen (die zwei ersten ohne die Buchdruckerinnen) durchführten (1910: 15,— Mk., 1911: 24,25 Mk., 1912: 26,40 Mk. Erhöhung insgesamt), hat sich der Durchschnittslohn nur um höchstens pro Kollegin um 1 Mk. gehoben und beträgt zur Zeit vor dem Tarifabschluss für die Buchdrucker-Anlegerinnen 9,59 Mk. und für die Licht- und Steindruck-Kolleginnen 9,97 Mk. Die einzelnen Lohnsätze betragen gegenwärtig 7,— bis 11,40 Mk., soweit die einzelnen bei allen drei Bewegungen beteiligt waren. Nachdem jedoch 50 Prozent der Beteiligten mehr als fünf Jahre als Anlegerinnen, Golbaulegerinnen und Buchbinderarbeiterinnen tätig sind, gelangen diese in den Genuß der vereinbarten 12,— Mk. Wochenlohn, ein weiterer beträchtlicher Teil 11,50 Mk. und 10,75 Mk., so daß sich der Durchschnittslohn durch den Tarifabschluss ganz bedeutend heben dürfte und der Personalwechsel vermindert wird.

Aber noch etwas anderes: Die Zahlstelle Saalfeld mit gegenwärtig 60 Mitgliedern ist wohl die einzige Mitgliedschaft dieses Umfangs aus nur weiblichen Mitgliedern. Vorsitzende, Kassiererin, Hauskassiererin, Schriftführerin und Gewerkschafts-Kartellvertreterin, alle Posten sind durch unsere steuernden Kolleginnen besetzt und haben es in den drei letzten Jahren wohl verstanden, sich die Achtung der Arbeitgeber von Saalfeld und der Saalfelder organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erwerben. Den letzteren Umstand werden alle unsere im wirtschaftlichen Kampf stehenden Kollegen und Kolleginnen zu schätzen verstehen.

Hoffen wir nunmehr, daß es uns in Saalfeld gelingt, diesen Tarif in allen Punkten hochzuhalten und andererseits die Verbesserungen in die noch rückständigen Betriebe: Merzdorf u. Troisch und Jüttner einzuführen, dann dürfte auch der agitatorische Erfolg nicht ausbleiben und sich in Saalfeld wieder an 100 Kolleginnen um die Fahne unserer Gewerkschaft scharen, wie diese es 1906 zur Aussperrung bereits getan haben, nur jetzt mit einem weit besseren Erfolg, über den wir ebenfalls noch berichten werden.

Schulze - Leipzig.

Was haben die Frauen von der Zentralisation der Krankenkassen zu erwarten?

k. r. Augenblicklich wird die Zentralisation der Krankenkassen vielfach erörtert, und da auch

Reiseplaudereien.

Von Ad. Thiele.

II. In London.

Siehst du, jetzt fängt das Malheur schon an. Wie soll ich dir auf hundert Zeilen ein Bild vom Leben und den Zuständen der endlosen Stadt entwerfen, die bei 7¼ Millionen Einwohnern 32 Kilometer von Ost nach West und 26 Kilometer von Süd nach Nord mißt, deren 10 000 Straßen, Gassen, Plätze und Märkte von fast 900 000 Häusern flankiert werden und deren Bodenfläche mit 1800 Quadratkilometer größer ist als das ganze Herzogtum Altenburg, oder die beiden Ruß, oder die beiden Schwarzburg? Wo soll ich anfangen?

Aber komm! Wir steigen auf einen der zahllosen Autobusse, die das Hauptverkehrsmittel für das oberirdische Innen-London bilden. Ich sage für das oberirdische; denn unterirdisch ist die Stadt von einem verwirrenden Netz von Untergrundbahnen durchzogen, die sich 10 bis 30 Meter unter dem Straßenpflaster befinden, bei deren Erbauung der Begriff „technisch-unmöglich“ ausgeschaltet gewesen ist, die sich im Eingeweide der Erde kreuzen, einander ausweichen, über- oder untereinander weglafen, mit denen man für einen Penny (8 Pf.) oder für zwei, drei Pence in wenigen Minuten Strecken zurücklegt, für die ein Fußgänger Stunden brauchen würde, auf denen alle drei bis fünf Minuten Züge verkehren und

in denen trotz der Tiefe stets eine reine, frische Luft zu finden ist, für die riesige Ventilatoren Sorge tragen. Hunderttausende sind es, die täglich dieses unentbehrliche Beförderungsmittel benutzen. Gleichwohl wickelt sich alles in gespannter Ruhe ab. Die Haltestellen werden nicht immer aufgerufen. Du mußt selbst aufpassen, wenn deine Station gekommen ist. Und beeile dich, Duzende steigen zwar aus, und Duzende steigen ein; doch gesprochen wird nicht; schon nach wenigen Sekunden werden die Wagentüren wieder zugeklappert, und die elektrisch betriebene Schlange verschwindet im Dunkel des Tunnelgewölbes; der von Glühlampen hell erleuchtete Perron liegt menschenleer da, bis nach wenigen Minuten der nächste Zug kommt und das Schauspiel sich wiederholt. So geht es während zwanzig Stunden des Tages. Nur die Zeit von etwa 1 bis 5 Uhr nachts ist frei für Vornahme etwaiger Gleisreparaturen.

Wir bleiben oben. Zu sehen gibt's hier mehr. Das da ist der Hyde-(Heid-)Park. Mit seinen 200 Hektar bildet er den größten freien Platz im Herzen Londons, das noch mehr als zwanzig andere Parks von kleinerem Umfange aufweist, darunter den Regent-(Nittgent-)Park mit dem berühmten Zoologischen Garten. Wäre es abends, so würdest du am und im Hyde-Park ein Stück englischen Volkslebens sich entwickeln sehen. Auf den weiten freien Flächen des Parks finden Versammlungen statt, eine neben der anderen. Wer sprechen will, spricht, und er spricht,

worüber er will. Ueber Politik, über die wahre Religion, über den Wert der Raminchenzucht, über die Ausbeutung der Londoner durch die andert-halb Duzend Lords, Carls und Grafen, denen der unerkäufliche Grund und Boden der Stadt gehört und in deren Besitz ohne jede Entschädigung die Häuser nach einer gewissen Zeit übergehen. Du steigst auf einen Stuhl, einen Tisch, eine Tonne und fängst an zu reden. Vielleicht gelingt es dir, einige Zuhörer zu finden; vielleicht läßt man dich ruhig reden und bekümmert sich nicht um dich. Dann hörst du eben wieder auf. Einer polizeilichen Anmeldung bedarf es nicht. Man sieht hier überhaupt nur wenige Policemen. Ein deutsches Polizeigemüt würde über die heillose Unordnung, die sich jedoch recht hübsch von selbst regelt, verwirren.

Die breite, von prächtigen Palästen eingerahmte Straße, in die unser Autobus jetzt eingebogen ist, ist die Piccadilly Street (Striße-Strasse), und die Paläste sind Klubhäuser. In London müssen nachts 12 Uhr alle öffentlichen Schankstätten und Cafés geschlossen sein, in den Provinzialstädten sogar schon um zehn oder elf Uhr. Nur die Klubhäuser, die aber nur den Klubmitgliedern oder geladenen Gästen zugänglich sind, unterliegen keiner Beschränkung. Deshalb ist das englische Klubwesen so ungemein entwickelt. Auch die deutschen Arbeiter in London besitzen in der Charlotte-Street 107 ihr Klubhaus. Ein Nachtleben, wie es sich in größeren deutschen Städten, namentlich in Berlin findet, kennt

der letzte Krankentag in Köln sich für die Zentralisation ausgesprochen, wird diese Frage erst recht in den Vordergrund gedrängt und die dazu nötigen Vorarbeiten werden in Angriff genommen. Da nun auch die Frauen sowie die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen von der Errichtung großer allgemeiner Ortskrankenkassen nur Vorteile haben können, so soll auf diese Materie des näheren hier eingegangen werden.

Die Krankenkassen sind nur zur Gewährung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen verpflichtet, sie können aber auch höhere Leistungen einführen. Je größer nun die Kasse, desto leistungsfähiger wird sie sein. Die Mindestleistung wie es in der Reichsversicherungsordnung heißt, die Regelleistungen der Krankenkassen sind: Krankenhilfe, Wochengeld und Sterbegeld. Das Krankengeld ist vom 4. Krankentage ab für jeden Arbeitstag in Höhe der Hälfte des im Kassenstatut festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes auf die Dauer von 26 Wochen zu zahlen. Außerdem sind Brillen, Bruchbänder und andere kleinere Heilmittel zu gewähren. Das Wochengeld ist nach der Reichsversicherungsordnung auf die Dauer von acht Wochen, wovon mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen, zu gewähren. Für Mitglieder der Landkrankenkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen, brauchen die Kassen nur vier Wochen Unterstützung zu gewähren. Das Sterbegeld muß den zwanzigfachen Betrag des durchschnittlichen Tageslohnes betragen.

Was können nun die Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung im Interesse der dem Versicherungszwange nicht unterliegenden Frauen sowie der versicherten Arbeiterinnen für höhere Leistungen einführen? Zunächst ist zum Ausdruck gebracht, daß die Kassen im Falle einer Erkrankung möglichst Krankenhauspfllege zu gewähren sollen. Dann kann noch mit Zustimmung der Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern und andere Pfleger namentlich auch dann gewährt werden, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen. Hierfür kann — aber muß nicht — bis zu einem Viertel vom Krankengeld in Abzug gebracht werden. Wird Krankenhauspfllege einem Versicherten gewährt, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist daneben ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen. Von großer Wichtigkeit für die verheirateten Frauen ist es, daß dieses Hausgeld bis zum Betrage des gesetzlichen Krankengeldes

erhöht werden kann. Das Krankengeld kann auch von der Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes bis auf drei Viertel desselben erhöht und weiter für alle Kalendertage, also auch für Sonn- und Feiertage gewährt werden. Die Krankenkassen können ebenfalls das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zubilligen bei Krankheiten, die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch einen Betriebsunfall verursacht worden sind, sowie mit Zustimmung des Oberversicherungsamts auch bei andern Krankheiten. Zulässig ist noch die Erweiterung der Krankenhilfe bis zu einem Jahre, die Fürsorge für Genesende, namentlich durch Unterbringung in einem Genesungsheime, bis zur Dauer eines Jahres nach Ablauf der Krankenhilfe, sowie die Gewährung von Hilfsmitteln gegen Verunstaltung und Verkrüppelung, die nach beendigtem Heilverfahren nötig sind, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen. Weiter ist zulässig die Zubilligung von Krankenloft-sowie von größeren Heilmitteln. Das Sterbegeld kann bis auf das Doppelte, also bis zum vierzigfachen Betrag des durchschnittlichen Tageslohnes erhöht, auch kann ein Mindestbetrag von 50 Mk. festgesetzt werden.

Nicht hoch genug zu veranschlagen dürfte aber die Einführung der Familienhilfe sein. Die Satzung kann hier zubilligen: 1. Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder der Versicherten, 2. Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten, 3. Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder des Kindes eines Versicherten. Es kann für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, für ein Kind bis auf die Hälfte des Mitglieder-Sterbegeldes bemessen werden und ist um den Betrag des Sterbegeldes zu kürzen, auf das der Verstorbene selbst gesetzlich versichert war.

Zum Schluß ist dann noch die Wöchnerinnen- und Schwangerschaftsunterstützung zu erwähnen. Hier können die Krankenkassen ebenfalls über die gesetzlichen Mindestleistungen ganz erheblich hinausgehen und mit Zustimmung der Wöchnerin gewähren: 1. an Stelle des Wochengeldes nur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim, 2. Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen (wofür allerdings bis zur Hälfte des Wochengeldes in Abzug gebracht werden kann). Versicherungspflichtigen Ehefrauen oder allen weiblichen Versicherungspflichtigen können Hebeammendienste und ärztliche Geburtshilfe, die bei der Niederkunft erforderlich werden, zugebilligt werden. Weiter kann Wöchnerinnen, so lange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stülgebis bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft gewährt werden. Endlich kann die Satzung noch Schwangeren, die der Kasse sechs Monate ange-

hören (für die Ansprüche auf Wöchnerinnenunterstützung ist ebenfalls eine sechsmonatliche Mitgliedschaft erforderlich), 1. wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen zubilligen, 2. Hebeammendienste und ärztliche Behandlung, die bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden, ebenfalls gewähren. Ist die Arbeitsunfähigkeit bei einer Schwangeren aber die Folge einer Krankheit, dann muß die Krankenkasse wie bei jeder andern Krankheit das statutenmäßige Krankengeld zahlen.

Nach alledem können die Krankenkassen in Zukunft erheblich über die Mindestleistungen hinausgehen. Je höher dies geschieht, desto vorteilhafter für die Versicherten, namentlich aber für die verheirateten Frauen, wie auch für die versicherten Arbeiterinnen. Die Letzteren haben somit an der Schaffung großer, leistungsfähiger Ortskrankenkassen ebenfalls ein erhebliches Interesse. Pflicht der weiblichen Kassenmitglieder ist es nun, in Gemeinschaft mit den männlichen Lebhast für die Zentralisation einzutreten. Bei Krankenkassen mit über 500 Mitgliedern mußte nach dem jetzigen Gesetz die Generalversammlung aus Vertretern bestehen, bei Kassen unter 500 Mitgliedern besteht dieselbe aus den großjährigen Kassenmitgliedern. Mögen nun die Arbeiterinnen dort, wo sie als gewählte Vertreterinnen, oder wie bei kleineren Kassen, als stimmberechtigte Mitglieder an den Generalversammlungen teilnehmen können, ihr Wahlrecht ausüben und für Auflösung der kleinen Kassen stimmen. Auch in Zukunft müssen die Arbeiterinnen stets ihre Stimme bei der Wahl der Ausschussmitglieder zur Krankenkasse mit in die Waagschale werfen. Wenn die Arbeiterinnen sich einmal weitere Rechte erobern wollen, dann dürfen sie dort, wo sie ihr Stimmrecht ausüben können, daselbe nicht vernachlässigen. Dies umso weniger, als die versicherten Arbeiterinnen dadurch nur Vorteil für sich und ihre Familie herauschlagen können.

Die deutschen und die dänischen Meischöpfe.

Als im Vorjahre eine erhebliche Verteuerung der Lebensmittel einsetzte, wurde sie von der Regierung nur als eine „vorübergehende Erscheinung“ angeprochen. Jetzt taucht wieder eine Teuerung hervor, die alle bisherigen Teuerungszeiten noch übertrumpft. Folgende Zahlen zeigen ein Bild der Höherentwicklung der Preise der notwendigsten Lebensmittel.

III. Nach dem Mittelmeere.

Bist du eine Woche lang in Londons Sommenglut rastlos umhergestreift von Museen zu Museen, von Sehenswürdigkeit zu Sehenswürdigkeit, so bist du erschöpft. Selbst die Kunstschätze des Britischen Museums und die unerreichten physikalischen, mineralogischen, ethnographischen und technischen Sammlungen der Kensington-Museen vermögen dich dann kaum noch zu fesseln. Du siehst im Kensington-Museum vor den ersten, von Steiffenjon und anderen vor nahezu hundert Jahren gebauten beweglichen Dampfmaschinen mit ihrem unbeholfenen Gesänge und wirst dir kaum klar, welchen ungeheuren Fortschritt seitdem der Maschinenbau gemacht hat und welche Revolution dieser Erfindung zu danken ist. Dir imponiert nicht mehr das fabelhafte Straßentreiben, der märchenhafte Reichtum. Deine geistige Spannkraft ist erschlaft. Du besuchst dann wohl das Grab unseres Altmeyers Karl Marx auf dem mächtigen Friedhofe des Highgate (Heilgätt) Hill im Norden Londons. Die Ruhe unter den schattigen Baumgängen tut dir wohl. Nun ruht übrigens auch der alte Parteiveteran Lehner, den ich vor drei Jahren besuchte und der trotz seiner 86 Jahre und seiner Blindheit und Schwerhörigkeit noch so gern und so lebhaft plauderte, auf einem der Friedhöfe im Süden der Stadt. Ich war der letzte deutsche Parteigenosse gewesen, den er vor seinem bald darauf erfolgten Tode gesprochen hat.

(Fortsetzung folgt.)

London nicht. Bald nach Mitternacht liegen auch die Hauptstraßen verödet da. Die Zigarren- und Zeitungsläden — in England gibt es kein Gesetz über den Ladenschluß — werden dann geschlossen, und auch die Obstverkäufer packen ihren Kram ein und fahren ihren Karren nach Hause. Vornehme Klubs in der Piccadilly-Street fordern von jedem, der Mitglied werden will, den Nachweis, daß er jährlich 50 000 oder 100 000 Mk. Einkommen hat, sonst wird er nicht aufgenommen.

Das riesige Gebäude dort am Ufer der Themse ist das Parlamentsgebäude; neben ihm erhebt sich die Westminster-Abtei mit den Grabdenkmälern fast aller berühmten Engländer. — Jetzt paß auf! Der Autobus biegt nach der City ein, dem innersten Kern des ungeheuren Stadtgebietes. Der Wagenverkehr wird bedrückend. Jeden Augenblick meinst du, unser Autobus müsse mit einer Droschke, einem Lastwagen, einem andern Gefährt karambolieren; denn das Chaos von Wagen erscheint unentwirrbar, und jeder fährt drauflos, als ob er allein wäre. Aber nein. In Handbreite raffen die Wagen aneinander vorbei. Jetzt sind wir in der Cheapside (Schiffside). Hier stoßen bei der Bank von England und der Paulskirche fünf Straßen zusammen. Der Wagenverkehr stockt. Mit einem Wink der Hand deutet der auf dem Straßendamms stehende Schutzmann an, in welcher Richtung der Wagenverkehr vor sich gehen darf. Du hast Zeit, dir das unschöne Gebäude der Bank zu betrachten. Kein Fenster durchbricht nach außen

das meterdicke Gemäuer. Aber in den Kellern liegen Hunderte von Millionen Gold in Barren und gemünztem Gelde und Milliarden an deponierten Wertpapieren. Auch deutschen Kronenträgern sagt man nach, daß sie ihre kleinen Ersparnisse dieser Bank anvertraut haben, die ein Heer von tausend Beamten beschäftigt und deren Gebäude 16 000 Quadratmeter umschließt.

Und weiter am Lower (Lauer) vorbei, der trotzigen Schredensburg des Mittelalters, nach dem Ofen zu mit seinen Dock. Gleich neben dem Lower zwängt sich zwischen ihn und die Themse der Stadtteil Whitechapel (Weißhäppel) ein, das Quartier des fruchtbarsten sozialen Elends. Jetzt sind wir Straßen durchgebrochen worden; aber in den von dumpfer Stidluft erfüllten Gassen und dunklen Höfen wohnt noch heute das Grauen und das Verbrechen.

In den Dock streifen eben noch 80 000 Transportarbeiter, weil die Unternehmer den Vertrag vom vorigen Jahre gebrochen haben. Hüben wie drüben. Aber die englische Gewerkschaftsbewegung imponiert von der Ferne aus mehr, als wenn man ihr nahesteht.

Komm, wir müssen absteigen, obwohl du London noch nicht gesehen, gleichweilge denn kennen gelernt hast. Hinüber auf das rechte Themsenfer, zu dem 26 große Brücken führen, sind wir noch gar nicht gelangt. Dort wohnen auch noch Menschen. Nicht viele. Aber immerhin 2½ Millionen.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 36.

Berlin, den 7. September 1912.

18. Jahrgang.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1911.

III.

Die Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunder) haben infolge des Rücktritts des Vereins deutscher Kaufleute vom Verband deutscher Gewerbevereine einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten. Die Gesamtmitgliedszahl des Verbandes ging seit 1910 von 122 571 auf 107 743, also um 14 828 zurück. Von den 18 535 Mitgliedern des genannten Vereins verblieben dem Verband nur 100. Größere Organisationen von einiger Bedeutung sind nur die der Maschinenbauer und Fabrikarbeiter, aber auch sie zählen noch nicht ein Zehntel der Mitglieder unserer entsprechenden Verbände.

Die Gesamtvermögen der Gewerbevereine betragen im Berichtsjahre 1 689 542 M., darunter 75 817 M. Vermögen der Verbände- und Organisations des Verbandes deutscher Gewerbevereine, die eigentlich nicht zu den Vermögen der Gewerbevereine gehören. Die Rechnungsabgrenzung des Verbandes deutscher Gewerbevereine umfassen auch die Einnahmen, Ausgaben und die Vermögensanteile der Kranken- und Sterbekassen der Gewerbevereine, die als Hilfskassen, welche teilweise sogar von der gesetzlichen Zwangsversicherung befreit, selbständige Organisationen sind und in einer Gewerkschaftsstatistik nichts zu suchen haben. Bei den Vermögensanteilen lassen sich die zu Unrecht angegebenen Summen ausschneiden. Bei den Einnahmen und Ausgaben ist dies nicht der Fall. Die Gesamteinnahmen inklusive der der Kranken- und Sterbekassen sind im Berichtsjahre auf 2 623 215 M. und die Gesamtausgaben auf 2 304 288 M. angegeben. Daß der Zentralrat des Verbandes der deutschen Gewerbevereine trotz der wiederholten Kritik dieser statistischen Verwirrungsmethoden, deren Unzulässigkeit auch das Reichsstatistische Amt schon hervorgehoben hat, absolut nichts lernen will, das ist ja schließlich seine eigene Angelegenheit. Seinen Zweck, die Deffinitivität über die wirklichen Verhältnisse der Gewerbevereine zu täuschen, wird er dadurch nicht erreichen, denn auf ernst zu nehmende Beobachter des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens kann eine solche Art der Rechnungslegung nur den übelsten Eindruck machen und sie ist geeignet, das Ansehen der Gewerbevereine selbst herabzusetzen.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme ihrer Mitglieder von 295 129 auf 340 957. Das ist ein Mehr von 45 828. 27 152 Mitglieder sind weiblichen Geschlechts. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen 6 243 642 M. (im Vorjahr 5 490 994 M.), die Gesamtausgaben 5 299 781 M. (gegen 4 916 270 M. im Vorjahr) und die Vermögensbestände 7 082 942 M. (1910: 6 113 710 M.). Als neue Organisation ist dem christlichen Gesamtverband ein Verband mecklenburgischer Eisenbahner mit 987 Mitgliedern angeschlossen.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Existenz der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale, sowie staatliche Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Wir meinen aber: besser kann die Auflosigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahr des christlichen Gesamtverbandes, sind 350 000 christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder um 1 841 000 vermehrt, also um das 5/4fache des gesamten christlichen Mitglieder-

bestandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen stieg von 1898 bis 1912 von 2 107 100 auf 4 1/4 Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumspartei nur von 1 752 000 auf 2 035 200 wuchsen, also noch nicht einmal um soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasko der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und man kann es den kirchlichen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht verargen, wenn sie mit der Entwicklung der interprofessionellen Gewerkschaften so wenig zufrieden sind und zur Organisation der konfessionellen Arbeitervereine zurückkehren möchten.

Der christliche Gesamtverband klagt in seinem Rechenschaftsbericht über sozialdemokratische Monopolgefühle und heftigen Druck auf christlich organisierte Arbeiter, während der Verband der Gewerbevereine nicht nur den „Terror“ der freien, sondern auch den der christlichen Verbände für den geringen Zuwachs der Gewerbevereine verantwortlich macht.

Daß es keines besonderen Druckes der freien Gewerkschaften auf christlich oder gewerbevereinlich organisierte Arbeiter bedarf, um diese zum Uebertritt in die freien Verbände zu bewegen, das erklärt sich nicht allein aus dem hochentwickelten Tarifvertragswesen der ersteren, das den Arbeitern, die im Bereich solcher Verträge arbeiten, weit bessere Arbeitsbedingungen gewährleistet, sondern vor allem auch aus der großen Ueberlegenheit des gesamten Unterstützungswesens der freien Gewerkschaften. Im Jahre 1911 verausgabten für Unterstützungen (einschl. Rechtschutz):

	Mitglieder	insgesamt M.	pro Kopf M.
Zentralverbände .	2 320 986	20 478 495	8,82
Gewerbevereine	107 743	1 161 315	10,78
Christl. Gewerkschaften . . .	340 957	1 243 347	3,65

Bei den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen enthalten diese Unterstützungsausgaben, wie wir schon an früherer Stelle ausführten, auch die von deren Kranken- und Begräbniskassen gezahlten Unterstützungen, die selbstverständlich in Abzug zu bringen sind. Für Kranken- und Sterbegeld verausgabten die Gewerbevereine im Berichtsjahre 855 831 M., also pro Kopf 7,94 M. Es verblieben an sonstigen Unterstützungen 305 484 M. oder 2,84 M. gegenüber 8,82 M. der Zentralverbände und 3,65 M. der christlichen Gewerkschaften. Uebrigens stehen auch die Kranken- und Sterbeausgaben der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins-Kranken- und Begräbniskasse noch weit hinter denen gleichartiger freier Hilfskassen zurück, die im Durchschnitt der Jahre 1908—1910 für Kranken- und Sterbegeld pro Mitglied 12,69 Mark aufwandten. Dabei sollen die obigen Ausgaben der Gewerbevereinskassen noch Arzthonorar, Arzneien und Heilmittel, Heilanstaltspflege und Krankengelder für Angehörige umfassen, für die die freien Hilfskassen außer dem Krankengeld noch 9,38 M. pro Mitglied im Durchschnitt der Jahre 1908—1910 verausgabten.

Für Streikende und Gemahregelte verausgabten die

	Mitglieder	insgesamt M.	pro Kopf M.
Zentralverbände .	2 320 986	18 198 847	7,84
Gewerbevereine	107 743	582 584	5,39
Christl. Gewerkschaften . . .	340 957	1 199 598	3,52

Die freien Gewerkschaften, die in allen Lohnbewegungen im Vorkampfe stehen, unterstützten also ihre Mitglieder weit nachhaltiger, weshalb diese in solchen Kämpfen auch einen besseren Rückhalt an ihrer Organisation finden. Aber auch bei Arbeitslosigkeit sind die Mitglieder der freien Gewerkschaften wirksamer geschützt als diejenigen der Gewerbevereine oder der Christlichen.

Es verausgabten nämlich für Reise- und Arbeitslosenunterstützung die

	Mitglieder	insgesamt M.	pro Kopf M.
Zentralverbände .	2 318 797	7 868 975	3,18
Gewerbevereine	92 963	220 646	2,37
Christl. Gewerkschaften . . .	243 222	185 271	0,76

Und für örtliche Arbeitslosenunterstützung allein wurden aufgewendet bei den

	Mitglieder	insgesamt M.	pro Kopf M.
Zentralverbänden	1 922 070	6 340 544	3,30
Gewerbevereinen	92 783	200 637	2,16
Christl. Gewerkschaften . . .	243 222*	185 271*	0,76

* Einschl. Reiseunterstützung.

Angesichts solcher Vorzüge der freien Gewerkschaften, zu denen noch ihre notorische Ueberlegenheit bei der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzukommt, bedarf es wahrlich keines besonderen „Terrors“ oder anderer illoyaler Manipulationen, um anderorganisierte Arbeiter für eigene einzufangen. Das ganze Terrorgerede und -geschreibsel ist müßige Erfindung derjenigen, die sich die wirklichen Ursachen ihrer ungenügenden Fortschritte nicht eingestehen wollen. Der Zugang, den die Zentralverbände aus den Mitgliederkreisen der Gewerbevereine und der christlichen Gewerkschaften erhalten, erklärt sich vollkommen aus der begreiflichen Tatsache, daß die Uebertretenden froh sind, in Organisationen Aufnahme zu finden, in denen wirklich etwas für die Verbesserung der Lage der Arbeiter und für ihre Sicherung in allen Notfällen geleistet wird.

Die Mitgliederzahl der Unabhängigen Vereine hat sich von 253 020 im Jahre 1910 auf 272 517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 57 988 Mitgliedern nur dem Berliner (früher Frierer) Eisenbahnhandwerkerverband mit 92 000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphenarbeiterverband mit 13 095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Musikerverband mit etwa 13 000 Mitgliedern, sowie dem Badischen Eisenbahnerverband mit 11 652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Süddeutsche Eisenbahnerverband mit 11 815 Mitgliedern und der Solinger Industriearbeiterverband mit 6040 Mitgliedern, sowie der Verband der Theater- und Kinoangestellten mit 400 Mitgliedern. Das „Reichsarbeitsblatt“ gibt die Mitgliederzahl der „Unabhängigen Vereine“ auf 711 177 an. Es dürften da indes vielfach Vereine mitgezählt sein, denen gewerkschaftlicher Charakter völlig mangelt. Die der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angehörigen Vereine umfassen insgesamt nach eigener Angabe 7133 Mitglieder in 147 Ortsvereinen.

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3 042 203 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 354 185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betragen, ausschließlich der „Unabhängigen Vereine“, 80 953 814 M., ihre Gesamtausgaben 70 878 305 Mark. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichneten die Zentralverbände mit 303 688 gleich 15,05 Prozent, sowie die christlichen Gewerkschaften mit 45 828 gleich 15,53 Prozent, während die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine um 14 828 gleich 12,10 Prozent zurückgingen.

Im ganzen zeigt der Entwicklungsgang der Gewerkschaftsbewegung, daß der Zustrom der Arbeiterschaft zu den wirtschaftlichen Organisationen der modernen Gewerkschaftsbewegung zufließt. Ihr starkes Wachstum von Jahr zu Jahr, das die geringe Zunahme aller gegen sie ins Feld geführten Zersplitterungsorganisationen weit hinter sich zurückläßt, beweist, daß in der deutschen Arbeiterschaft doch ein gesunder Kern steckt. Die

Arbeiterklasse läßt sich in der Verteidigung ihrer Rechte und Interessen nicht von dem einzig richtigen Wege ablenken, sondern sie kämpft in den Reihen der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die heute schon fast allein ernstlich für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen. Die Ausbeutung der Praxis der Tarifverträge wird zweifellos zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Organisationsformen führen, so daß in Zukunft der Arbeitgeberorganisation nur die eine deutsche Gewerkschaftsbewegung gegenüberstehen wird. Daran werden alle heute noch betriebenen Arbeiterzerpfitterungsversuche und alle Bestrebungen, neue gesetzliche Hindernisse für die Gewerkschaften zu schaffen, nichts ändern können, denn die Gewerkschaftsbewegung ist die deutsche Arbeiterklasse selbst, ohne die Deutschlands Industrie und Gewerbe nicht bestehen können.

Rundschau.

Angst vor der Konkurrenz der Selben. Der Ausschuß des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands hat durch seinen Vorsitzenden, den altzeit eifrigen und wortreichen Pfarrer Lic. Weber (M.-Gladbach) eine Erklärung an den „Förderungsausschuß für vaterländische Arbeitervereine“ erlassen, in der er versichert, daß die evangelischen Arbeitervereine seit 30 Jahren gegen die Sozialdemokratie, die furchtbare und noch immer wachsende Gefahr, kämpfe und dafür stets Anerkennung der höchsten Reichs- und Staatsbehörden empfangen habe. Mit den Hirsch-Dunderschen und Christlichen verträge man sich; ein solches Band binde die evangelischen mit den vaterländischen Vereinen aber nicht. Man sei bereit, sich schießlich-friedlich zu vertragen, dann dürften aber in Orten, wo evangelische Arbeitervereine bestehen, nicht noch vaterländische Vereine gegründet werden.

Undant ist der Welt Lohn! Da hat der brave Herr Pfarrer sich 30 Jahre lang im Schweiße seines Angesichts bemüht, mit seinen getreuen evangelischen Arbeitervereinen „die furchtbare und noch immer wachsende Gefahr, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen, hat seine Truppen bei den Wahlen zu den verschiedensten Körperschaften mit ins Feld geführt, hat sie vor den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und noch mehr vor der Beteiligung an Streiks gewarnt, und nun kommen die Selben, die noch vaterländischer sein wollen, wie die Weberleute, und brechen in deren Gehege ein. Am schmerzlichsten aber mag den tapferen Pfarrer die Erkenntnis berühren, daß es gerade seine ehemaligen Söhne, die Montanindustriellen, sind, die die „vaterländischen“ Werkvereine gründen und protegieren, womit den evangelischen Arbeitervereinen eine tödliche Konkurrenz gemacht wird. Auch die Unternehmer wollen im Klassenkampf klares Feld haben, auch sie wollen keine verschwommenen Halbheiten. Sie verlangen Abschwörung vom Streikrecht. Damit werden die evangelischen, wie die katholischen, wie die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften sich abfinden müssen. Das Ende vom Leibe wird schließlich sein, daß sie alleamt in der einen oder anderen Form in den gelben Werkvereinen aufgehen, da sie auf die Dauer ihre Mitglieder gegenüber dem Druck der Scharfmacher und gegenüber der Unterstützungskonkurrenz der Werkvereine nicht halten können.

Ein nettes Bündnis. Der christliche Metallarbeiter-Verband und der Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter Hirsch-Dunders haben im vorigen Jahre in Hannover ein Bündnis geschlossen, um besser und erfolgreicher die freien Gewerkschaften bekämpfen zu können. Jedoch beide Bundesbrüder liegen sich schwer in den Haaren. In einem Zirkular „Material für Vertrauensmänner“ haben die Christlichen ihre Bundesbrüder tüchtig beim Fragen. Die Christlichen schreiben über die Gewerbevereiner und deren Neutralität, daß in dem von dem Gewerbevereinssekretär Münz redigierten Blättchen des S. D. Ausbreitungsverbandes Mitteldeutschlands (Der mitteldeutsche Courier Nr. 13 1912) wie folgt über die Geistlichkeit geschrieben hätte:

„Einem denkenden Menschen ist der Pfaffe noch niemals heilig gewesen, weil eben im pfäfflichen Wesen gerade das Gegenteil des Verehrungswürdigen liegt. Daß einem der Pfaffe heilig sein soll, kann man eigentlich nur einem Idioten zumuten, der den Priesterrod und Pfäffchen anbietet, unbekümmert um den, der beide trägt. Das war im Mittelalter allerdings so und daraus erklärt sich auch die zitterte Aufschauung

der Sehnuchtspolitiker, die nach rückwärts schauen.“

Dann sagt der christliche Materialschreiber, schimmer kann die sozialdemokratische und sogenannte freie Gewerkschaftspresse nicht mehr über die Geistlichkeit herziehen, wie das offiziell von dem Hirsch-Dunderschen Blatt geschieht. Dann führt der christliche Materialschreiber weiter an, daß in demselben Blatt folgendes Gedichtchen gestanden habe:

Der Pfaffen soll es leider in der Welt nicht wenige geben —

Ob auch bei uns in deutschen Landen?
Wenn ich einmal der Herrgott wär, mein erstes wäre das,
Ich nähme alle Pfaffen her und machte daraus Gas,

Mit diesem Gas erleuchtet' ich das ganze Firmament,
Dann wär's mit aller Finsternis auf dieser Welt zu End'.

Das sind wirklich nette Bundesbrüder, die erst gemeinschaftlich Kämpfe führen wollen und dann ihren Vertrauensleuten derartiges Material zur Bekämpfung der Bundesorganisation geben. — Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine nehmen die Bundesbrüderschaft auch nicht ernst, denn im Bezirk Hamm i. W. und Lippsstadt haben die Gewerbevereine auch in einer Art und Weise auf die Bundesbrüder von der christlichen Fakultät nur so herum, daß die Finsten fliehen. Mit solchen Gegnern wird die freie Gewerkschaftsbewegung schon fertig werden und wir würden es bedauern, wenn der Bruderbund in die Brüche gehen würde.

Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Australien. Die Gewerkschaften in Neu-Süd-Wales beantragten bei der Regierung die Errichtung staatlicher Bäderreien als ein Mittel gegen die stetig steigenden Brotpreise. Eine staatliche Erzgrube desselben Staates erbrachte im Vorjahre einen Reingewinn von 24 Prozent. Die Regierung des Staates West-Australien betreibt ein Hotel, Sägemühle, Steinbrüche, Bergwerke und andere Betriebe in eigener Regie.

Belgien. Die von der belgischen Arbeiterpartei im Jahre 1907 gegründete „Volkssicherung“, eine auf genossenschaftlicher Basis betriebene Lebens- und Feuerversicherung, hatte am 1. Juli d. J. in der Lebensversicherungsabteilung 112 637 Mitglieder mit einer Monatsentnahme von über 100 000 Fr. und einer Versicherungssumme von weit über 21 Millionen. Bei der Feuerversicherung betrug die Zahl der Polizisten 11 819.

Canada. Der am 9. September beginnende kanadische Gewerkschaftskongress, dem die sogenannten „Internationalen Verbände“ der American Federation of Labor angehören — und das ist der weitaus größte Teil aller Organisationen in Canada — wird sich u. a. beschäftigen mit: Die kanadische Gesetzgebung, soweit sie die Arbeiter interessiert; Der Achtstundentag; Die Unfallversicherungsgesetze in den einzelnen Provinzen und deren Auslegung durch die Gerichte; Zusatzanträge zum Gesetz über die gewerblichen Streitigkeiten; Stellungnahme zu dem projektierten Altersrentengesetz; Verbesserung der Wahlgesetze usw.

China. Die größten Kohlenfelder in China, in Kaiping und Lanchow, die ein Gebiet von 220 000 Quadratmeilen bedecken, gingen während des Vorer-Kaufstandes aus den Händen der Regierung in den Besitz eines englischen Konjunktums über, das seitdem die Produktion von 80 000 schon auf 2 Millionen Tonn und den Reingewinn auf 6 Millionen Mark jährlich gebracht hat. Ueber die Arbeiterverhältnisse dort schweigt sich der amerikanische Konsul, dessen Bericht diese Angaben entnommen sind, natürlich aus.

England. Die Londoner Presse ist in großer Unruhe wegen eines drohenden Waderstreiks, der um so sicherer sei, als nicht nur die Unzufriedenheit unter den Wädern eine sehr große, sondern auch die Verhältnisse in diesem Gewerbe äußerst schlechte und rückständige seien. Die Leiter der Organisation dagegen erklären, daß diese zu einer energischen Aktion noch nicht stark genug sei. — Durch die Beschlässe von über 150 Gewerkschaftskartellen wurde die Stadt Blackpool wegen Missetatung vieler Gemeindegewerkschaften boykottiert. Daher hat es große Enttäuschung hervorgebracht, daß der Vergewerkschaften trotz dem seine Generalversammlung nach dieser Stadt, die als Seebad gerne besucht wird, einberufen. — Der Verband der Sandmühlgehilfen hat eine eigene Bankabteilung, die alle Gelder des Verbandes, auch der Sektionen, zen-

traliert hat und ausgezeichnet arbeiten soll. Der Verkehr mit den 600 Sektionen geschieht mittelst ebensoviel Agenturen mehrerer Großbanken. — Die Maschinenbauer und Großschmiede, zwei der ältesten und stärksten Gewerkschaften Englands, wollen sich demnächst verschmelzen. Der neuen Organisation werden insgesamt fast 500 000 Mitglieder angehören.

Finland. Im Jahre 1911 fanden 51 Arbeitseinstellungen (gegen 54 im Vorjahre) statt, an denen 277 (183) Unternehmer und 2084 (3095) Arbeiter, unter den letzteren 1292 (1846) organisierte, beteiligt waren. In 17 (14) Fällen wurde für 3859 (1979) Arbeiter eine Vereinbarung getroffen, in 25 (31) Fällen hatten 1370 (2106) direkt oder indirekt beteiligte Arbeiter vollen, in 9 (9) Fällen hatten 593 (276) keinen Erfolg. — Bei den sieben kommunalen Arbeitsnachweiser des Landes waren 1911 insgesamt 15 233 (16 032 im 1910) Arbeitssuchende und 6798 (7059) offene Stellen gemeldet. Von den letzteren wurden 5832 (5744) besetzt. Auf je 100 Arbeitsangebote kamen 1908: 181 Arbeitssuchende, in den folgenden Jahren 218, 199, 194.

Japan. Nach den Berichten des Industrie-Departements nimmt die Frauenarbeit auch in Japan rapide zu, besonders in der Seide- und Textilindustrie. Insgesamt machen die Frauen 66 Prozent aller in den Industrien beschäftigten Personen aus, jedoch nur halb so viel männliche wie weibliche Arbeiter beschäftigt sind. Die Arbeitszeit für Frauen soll im allgemeinen zwölf Stunden pro Tag nicht übersteigen, doch wird darüber keine scharfe Kontrolle geführt. Ende 1908 waren mit dem Spinnen roher Seide, Verarbeitung der Baumwolle, mit Weben usw. 373 284 Personen beschäftigt, davon 40 787 männliche Arbeiter über 14 Jahre, 2475 Knaben unter 14 Jahren, dagegen 296 424 Arbeiterinnen über 14 und 33 596 Arbeiterinnen unter 14 Jahren. Der Lohn der erwachsenen Arbeiter betrug 30 bis 51 Sen (1 Sen gleich 2,1 Pf.) im Maximum pro Tag, bei den Knaben 12 bis 20 Sen. Erwachsene Arbeiterinnen erhielten 20 bis 28 Sen, Mädchen 10 bis 18 Sen. Bei diesen Löhnen ist es nicht verwunderlich, daß die Ausfuhr dieses stark bevölkerten Landes sich von 1891 bis 1910 von 70 auf 450 Millionen Dollar gehoben hat und daß besonders amerikanische Fabrikanten Niederlassungen in Japan errichten, um auch an dieser billigen Arbeitskraft zu profitieren. Bei diesen Artiteln ist der dadurch erzielte Gewinn so groß, daß die Fabrikanten Rohstoffe aus Amerika nach Japan schaffen, dafür dort Einfuhrzölle zahlen, sie dort verarbeiten lassen und mit neuen Wollen wieder nach Amerika schaffen, um sie dort auf den Markt zu bringen, immer noch billiger, als wenn sie am Orte, wo die Rohstoffe gewonnen werden, mit Hilfe der modernsten Maschinen von einheimischen, aber anpruchsvolleren Arbeitern hergestellt werden. Das macht das Verlangen der australischen und amerikanischen Arbeiter — Sozialisten und andere — nach vermehrtem Schutz gegen diese „gelbe Gefahr“ zum mindesten verständlich.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeitergesundheitsbibliothek: Als Heft 31 der Arbeitergesundheitsbibliothek erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer. G. m. b. H. Berlin: Dr. Silberstein: Die Berufskrankheiten der Buchdrucker.

Das vorliegende Heft eröffnet die Reihe der gewerblichen Einzelberufe, welche die Arbeitergesundheitsbibliothek in ihrer Eigenart und gesundheitlichen Bedeutung für die Arbeiter schildern will, und behandelt das Thema mit großer Sachkenntnis und Geschick. Nach einer Einleitung über die moderne Buchdruckerei wird die Berufsarbeit der Schriftsetzer, Buchdrucker, Stereotypisten, der in Schriftgießereien Beschäftigten und der Hilfsarbeiter kurz aber prägnant geschildert und dann ausführlich das Kapitel der Berufskrankheiten behandelt, besonders die Tuberkulose, deren Sterbeziffer in den letzten 50 Jahren ganz bedeutend zurückgegangen ist, wie die Gegenüberstellung der Zahlen von Albrecht, Sommerfeld und des Verfassers ergibt, und die Weiterbildung mit besonderer Berücksichtigung der Sicht, die nach der Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse eine ganz außerordentliche Rolle unter den Erkrankungen der Schriftsetzer und Schriftgießer spielt. Nervöse Leiden, Krampfadern und Bluthälte, Hautleiden und Unfälle bilden den Schluß des Heftes, das wir — nicht nur den beteiligten Kreisen — angelegentlich zur Lektüre empfehlen. Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporture.